

Birsfelden bleibt im Tal der Tränen

Budget 2014 mit hohem Defizit nicht nur wegen Pensionskasse

Von Michel Schultheiss

Birsfelden. Am zweiten Abend der Gemeindeversammlung füllte sich die Aula des Rheinpark-Schulhauses nicht so stark wie am Vortag. Im Mittelpunkt des Dienstagabends stand das Budget. Der Gemeinderat legte für das bevorstehende Jahr ein stark negatives Budget vor. Dieses schliesst mit einem Defizit von über 28 Millionen Franken ab. Der Verlust ist mit der Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse in der Höhe von rund 27 Millionen Franken zu erklären.

Hinzu kommen weitere Kostensteigerungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales. Als Beispiele nannte Gemeindepräsident Christof Hiltmann (FDP) etwa den Anstieg der Pflegekosten, die Zunahme von IV-Fallzahlen wegen Gesetzesänderungen sowie neue Kindergärten.

Rigoreuse Sanierungsmassnahmen

Letztes Jahr hat der Gemeinderat einen Masterplan veröffentlicht. Darin wurden Ideen entwickelt, um die voraussichtlichen Mehrkosten abzufangen und die Finanzen in den kommenden

Jahren zu stabilisieren. Wie Hiltmann festhielt, gebe es weiterhin ein strukturelles Defizit, auch mit dem Masterplan. «Wir müssen rigorose Sanierungsmassnahmen einleiten», meinte der Gemeindepräsident. Um nicht unter die Aufsicht des Kantons zu fallen, müssten die Fehlbilanzen innerhalb der nächsten paar Jahre gelöst werden, um das «Tal der Tränen» glimpflich durchschreiten können. «Es ist mehr als ernst, doch wir müssen die Situation selber lösen», betonte Hiltmann.

Die Gemeindeversammlung stimmte schliesslich allen Globalbudgets der Aufgabenbereiche für 2014 und dem sich ergebenden Defizit mit grossem Mehr zu. Allen Anwesenden, die sich zu Wort meldeten, war aber klar, dass das Thema Finanzen damit noch nicht vom Tisch ist und auch im kommenden Jahr eine Herausforderung für Birsfelden sein wird.

Vorher waren noch zwei andere Traktanden an der Reihe. Der Gesamtrevision der Bau- und Strassenlinien wurde mit grossem Mehr zugestimmt, das neu ausgearbeitete Feuerwehrreglement erfuhr eine einstimmige Annahme.

Gempfen erhöht Steuern ein wenig

Stimmbürger akzeptieren nur einen Anstieg um fünf Prozentpunkte

Von Thomas Immoos

Gempfen. Die Sozialkosten und die Bildung sind die grössten Kostenfresser im Haushalt der Gemeinde Gempfen, führte Gemeinderat Stefan Sauter aus. An der Gemeindeversammlung stellte er das Budget 2014 vor, das bei einem Ertrag von 4,20 Millionen und einem Aufwand von 4,37 Millionen einen Fehlbetrag von rund 170 000 Franken vorsieht. Sauter betonte, dass dieses Defizit auf der erhöhten Gemeindesteuer von neu 120 Prozent der Staatssteuer basiere, was das umstrittenste Geschäft der Versammlung war.

Gleichzeitig hielt der Gemeinderat fest, dass die Gemeinde «die Kosten, die wir beeinflussen können, im Griff hat». Sauter äusserte auch Unverständnis darüber, dass Gempfen nach wie vor zu den Gebirgsgemeinden im kantonalen Finanzausgleich gehöre. Im nächsten Jahr dürfte die Gemeinde 14 000 Franken in diesen Fonds einzahlen müssen.

Die Defizite der letzten Jahre habe Gempfen aus dem Eigenkapital decken können. Um dieses nicht weiter in Anspruch nehmen zu müssen, komme man, so Sauter, um eine Steuererhöhung nicht herum.

Die Versammlung hatte durchaus Verständnis für die Notwendigkeit einer Steuererhöhung. Aber gleich zehn Prozent sei «zu krass», «überzogen» oder «unverhältnismässig», wie sich einige Votanten äusserten. Ein Stimmbereich

tigter schlug stattdessen vor, eine Erhöhung auf 115 Prozent vorzunehmen. Ein anderer erinnerte daran, dass der Steuersatz vor einigen Jahren noch 136 Prozent betragen hatte und seither kontinuierlich gesenkt wurde. Dies habe dazu geführt, dass Gempfen eine attraktive Gemeinde für Neuzuzüger geworden sei. Eine Steuererhöhung würde diese Leute verprellen, hiess es.

Defizit wird deutlich höher

Unmut regte sich vor allem gegen den Kanton, der «zwar befiehlt, aber nicht zahlt». Es sei an der Zeit, dagegen zu rebellieren und entsprechende Gesetzesänderungen anzustossen. Gemeindepräsident Patrick Stadler warnte: Bei einer Erhöhung um nur fünf Prozent steige das Defizit zusätzlich um weit über 120 000 Franken. Trotzdem obsiegte die geringere Erhöhung mit 60 gegen 43 Stimmen gegen den gemeinderätlichen Vorschlag. Das Budget wurde einstimmig gutgeheissen.

Auch wenn die Gemeinde nur die notwendigsten Investitionen tätigt, so sind dafür im kommenden Jahr 400 000 Franken vorgesehen. Kritik am Gemeinderat gab es bei der Sanierung der Schiessanlage in Hochwald, an die Gempfen 37 000 Franken beizutragen habe. Der Gemeinderat hätte Alternativen prüfen sollen, etwa den Beitritt zu einer anderen Gemeinschaftsanlage. Aber der Antrag, den Kredit abzulehnen, fand keine Mehrheit.

Allschwiler Finanzen geraten in die roten Zahlen

Einwohnerrat lehnt Steuererhöhung trotz hohem Budgetdefizit ab



Kosten von 70 Millionen. Das Schulhaus Gartenhof wurde im Juni von den Stimmbürgern gutgeheissen. Visualisierung Samuel Rey

Von Regula Vogt

Allschwil. Die Allschwiler dürfen sich, im Gegensatz zu den Binningern, auf ihren Neujahrsapéro freuen. Der Einwohnerrat hat das Budget 2014 genehmigt, mit dem unveränderten Steuersatz von 58 Prozent und einem Defizit von 2,42 Millionen Franken bei einem Gesamtaufwand von 84,961 Millionen Franken. Der Entscheid fiel mit 14 Ja gegen 13 Nein bei acht Enthaltungen allerdings äusserst knapp.

In beiden Finanzvorlagen, die der Einwohnerrat zu behandeln hatte, dominiert die Farbe Rot. Gemeinderat Franz Vogt präsentierte nicht nur ein defizitäres Budget 2014, sondern auch eine Finanzplanung 2014–2018, die von jährlichen Fehlbeträgen bis zu acht Millionen ausgeht. Für das Defizit von 2,42 Millionen Franken im Budget 2014 sorgten gestiegene Ausgaben in verschiedenen Bereichen. Eine deutliche Zunahme von netto 2,1 Millionen Franken verzeichnet die Sozialhilfe.

Der Finanzplan schreibe einfach das Budget 2014 weiter, das sei für ihn völlig inakzeptabel, hielt der neue Finanzchef fest. Nach guten Jahren sei es zu einer Trendumkehr gekommen, die

ohne noch zu ergreifende Gegenmassnahmen in einem strukturellen Defizit enden würde. «Für 2015 muss der Trend gestoppt werden – mit allen Konsequenzen», sagte Vogt. «Der Kostenanstieg vor allem im Sozialbereich kam zu schnell, Korrekturen brauchen etwas Zeit.»

Kritik an Schulhauskosten

Aus heiterem Himmel kam das alles nicht. Einwohnerrat und Stimmbürger haben mit dem neuen Primarschulhaus Gartenhof und mehreren Kindergärten Investitionen in Rekordhöhe gutgeheissen. Gemeinderatsvizepräsidentin Nicole Nüssli erinnerte daran, dass der Einwohnerrat mit der Unterkellerung von Kindergärten noch mehr Ausgaben als vom Gemeinderat beantragt beschlossen habe. Nüssli wies den von Ueli Keller (EVP, Grüne) erhobenen Vorwurf der mangelnden Transparenz bei der Finanzierung des neuen Schulhauses vehement zurück. Der Gemeinderat habe gesagt, dass er drei bestimmte Grundstücke verkaufen wolle. Nüssli versicherte, der Gemeinderat sei bereit für eine Aufgabenüberprüfung.

Ein Teil des Einwohnerrats wollte sofort handeln. SVP und GLP/BDP sprachen sich für Sparen und eine Rückweisung des Budgets aus. Mit 19 zu 16 Stimmen trat das Parlament jedoch auf die Vorlage ein. Gescheitert ist auch die SP mit ihrem Antrag für eine Erhöhung des Steuerfusses für natürliche Personen von 58 auf 59,5 Prozent. Kurt Kneier (CVP) plädierte für eine zweckgebundene befristete Steuererhöhung ab 2015. Mit 15 Nein gegen zwölf Ja bei acht Enthaltungen lehnte das Parlament in einer namentlichen Abstimmung die Steuererhöhung ab.

Nur CVP und FDP voll dafür

Damit änderte sich für die SP die Ausgangslage. «Wir können dem Budget so nicht zustimmen», kündigte Jean-Jacques Winter an. In einer weiteren namentlichen Abstimmung kam es zum Showdown. Für die Genehmigung des Budgets sprachen sich 14 Mitglieder, nämlich alle Vertreter der CVP (6) und der FDP (5), zwei Mitglieder der SP und eines der EVP/Grünen aus.

Die 13 Nein-Stimmen kamen von der SVP (7), der GLP/BDP (4), dem parteilosen Naef und dem SP-Mann Bruno Gadola. Die acht Stimmenthaltungen stammten aus den Reihen der SP und der EVP/Grünen.

Harter Kampf ums Muttenzer Budget

Defizit steigt auf fast eine halbe Million, Steuererhöhung ist für 2015 geplant

Von Tobias Gfeller

Muttenz. In Anbetracht grosser finanzieller Lasten diskutierte die Muttenzer Gemeindeversammlung am Dienstagabend leidenschaftlich über das Budget 2014. Es schliesst mit einem Minus von rund 460 000 Franken.

Die Muttenzer Gemeindeversammlung strich mehrere geplante Investitionen und Ausgaben in den verschiedensten Bereichen. Weil die knapp 150 Anwesenden auch immer wieder Herz für einzelne Projekte zeigten und sogar eine Parkraumbewirtschaftung für das Gebiet Margelacker strichen, womit sie auf zusätzliche Einnahmen von mindestens 120 000 Franken verzichteten, resultierte am Ende der Diskussion sogar ein Defizit von 464 000 Franken. Der Gemeinderat präsentierte zuvor einen Voranschlag mit einem Minus von knapp 350 000 Franken.

2018 wieder ein Gewinn

Finanzchef Marcus Müller (FDP) blickte zu Beginn der Gemeindeversammlung in eine Zukunft voller finanzieller Herausforderungen. Im Finanzplan 2014–2018 stehen Investitionen



Thomi Jourdan.

für Bildung, Pflege und Infrastruktur von über 55 Millionen Franken an. Vor allem der Bildungssektor mit einem Schulhausneubau und diversen Renovierungen drückt auf die Muttenzer Gemeindekasse. Trotz dieser Aufwendungen wolle der Gemeinderat den Haushalt konstant halten, sagte Müller. «Nach Aufwandüberschüssen in den kommenden Jahren sehen wir für 2018 bereits wieder einen Gewinn voraus», machte Müller Hoffnung auf bessere Zeiten.

Allzu grosse Bedenken über die aktuelle Finanzlage liess er gar nicht erst aufkommen. «Solche Investitionszyklen sind bei Gemeinden ganz normal.» Für 2015 sieht der Gemeinderat eine Steuererhöhung von derzeit 56 auf 58 Prozent vor.

Die Mehreinnahmen von rund 900 000 Franken sind aber zweckgebunden für die Ausfinanzierung der Pensionskasse. Das Sparpaket 2014 plus mit insgesamt 14 Massnahmen soll

das Budget künftig entlasten. In den Budgets 2014 und 2015 ergeben sich dadurch Nettoeinsparungen von insgesamt 1,3 Millionen Franken.

Schulhauseröffnung in Gefahr

Im Investitionsplan integriert war auch der Projektierungskredit von 600 000 Franken für das Schulhaus Gründen, das komplett neu gebaut wird. Eine grösstenteils bürgerliche Gruppe aus Kommissionsmitgliedern setzte eine externe, unabhängige Bauherrenvertretung durch. Dieses Gremium kostet zusätzlich 80 000 Franken und soll die ganze Projektentwicklung überwachen.

Gemeinderat Thomi Jourdan (EVP) reagierte genervt. «Weil dies den ganzen Ablauf verzögert, gerät die Eröffnung des Schulhauses in Gefahr.» Diese ist für den Sommer 2017 geplant und von grosser Bedeutung, da die Schülerzahlen in Muttenz laufend steigen. Während der Diskussion stritten Jourdan und Antragsteller polemisch um Redeminuten und rüffelten sich gegenseitig an. Am Ende genehmigte die Versammlung das Budget mit einem grossen Mehr.

Klares Ja zur Bürgergemeinde

Tecknau setzt auf Tradition und lehnt Auflösung ab

Von Christian Horisberger

Tecknau. Die Tecknauer Bürgergemeinde existiert weiter. Mit 21 gegen zwei Stimmen hat die Bürgergemeindeversammlung die vom Bürgerrat beantragte Auflösung der Körperschaft abgelehnt. Man wolle etwas Gewachsenes, Traditionelles nicht aufgeben, ohne dass irgendwelcher Druck bestehe, argumentierten die Gegner.

Der Bürgerrat – er ist identisch mit dem Gemeinderat der Einwohnergemeinde – hatte seinen Antrag mit dem bescheidenen Interesse am Bürgerwesen begründet. Fünf bis maximal zehn Teilnehmende hätten in jüngerer Vergangenheit die Bürgergemeindeversammlungen besucht. Entscheide, beispielsweise über Einbürgerungen, wären breiter abgestützt, wenn die Einwohnerversammlung darüber befände.

Die Fürsprecher der Bürgergemeinde übten an der Versammlung vom Dienstag auch Selbstkritik: Es sei gut, dass die Auflösung traktandiert worden sei; die Diskussion sei ein Signal, dass die Bürger etwas mehr für die Institution tun müssten.

Am allermeisten dürfte sich Georges Thüning über den Weiterbestand der

Tecknauer Bürgergemeinde freuen. Der Präsident des Verbands Basellandschaftlicher Bürgergemeinden hatte nämlich den Widerstand mobilisiert, als ihm die Tecknauer Pläne zu Ohren gekommen waren. Tecknau zeige den richtigen Weg auf, sagt Thüning. Denn die Bürgergemeinde sei wichtig: Sie trage Sorge zum Wald, kümmere sich um Einbürgerungen und pflege Kultur und Traditionen. Diese Leistungen und Werte seien unverzichtbar.

In zehn Dörfern abgeschafft

Thüning ist zudem überzeugt, dass eine Bürgergemeinde ihre wenigen Aufgaben besser wahrnehmen kann, als wenn diese zusätzlich der Einwohnergemeinde auferlegt würden. Er muss es wissen: Ehe Thüning das Bürgerpräsidium übernahm, war er Präsident der Einwohnergemeinde Grellingen.

Neuland hätte Tecknau mit der Abschaffung der Bürgergemeinde nicht betreten. Während den vergangenen zehn Jahren haben gemäss Daniel Schwörer von der Stabsstelle für Gemeinden zehn Oberbaselbieter Dörfer ihre Bürgergemeinde aufgelöst. Weitere Gemeinden mit entsprechenden Plänen seien ihm nicht bekannt.